

Zeitschrift:	Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber:	Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band:	44 (1964-1965)
Heft:	6
Artikel:	Die wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas und der Kommunismus
Autor:	Berger, Hans Adolf
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-161629

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas und der Kommunismus

HANS ADOLF BERGER

Die soziale Struktur

Bei der Behandlung der sozialen Lage Lateinamerikas bildet der große Unterschied zwischen Reich und Arm eines der ausgiebigsten Themata. Es wird von einer Oligarchie gesprochen, von wenigen überaus reichen Leuten und der großen Masse der Armen, der Habenichtse. Dieses Bild ist irreführend. Keines der lateinamerikanischen Länder ist eigentlich exklusiv von wenigen außerordentlich reichen Familien beherrscht, wenn wir von Zuständen absehen, wie sie vorübergehend zum Beispiel in Nicaragua unter Somoza und in Santo Domingo unter Trujillo herrschten. Öfters wird auch behauptet, daß die reichen Leute Lateinamerikas ein Hindernis für den sozialen Fortschritt bilden, daß eine dünne Schicht alles Besitzender das Land als Parasiten ausbeuten, als eine Art Satrapen sich in den Luxushotels der USA und Europas herumtreiben und ihr Geld in den Banken Nordamerikas und der Schweiz anlegen. In der Tat gibt es einige Leute, die ein solches Leben führen. Aber innerhalb der wohlhabenden Kreise bilden die sogenannten Oligarchen mit großen Ländereien und Industrien eine minime, dünne Schicht. Viele reiche Leute Südamerikas entstammen europäischen Einwandererkreisen. Dank harter Arbeit sind sie im Verlauf von Generationen reich geworden. Es ist wahr, daß ihr Lebensstandard öfters luxuriös ist. Ist dies aber nicht auch in den USA der Fall bei den Astors, Arnoulds, Carnegies, Harrimans und Rockefellers, die auch Einwanderer schichten entstammen?

Der Großteil der Wohlhabenden sind nur eigentliche Wohlhabende, ohne großen Reichtum. Für europäische und nordamerikanische Begriffe bilden sie eine bürgerliche Klasse. Sie repräsentieren heute vielleicht 30 oder auch nur 20 oder nur 10% der Gesamtbevölkerung, je nach der wirtschaftlichen Struktur der verschiedenen Länder. Sie produzieren den größten Teil des nationalen Einkommens. Sie bilden das Element, das in Südamerika steigenden Wohlstand schafft, nicht nur für sich, sondern gerade für die Massen, dank ihrer Initiative, Energie und Risikofreude. Sie sind es, die ihre Söhne nach Europa und den USA schicken, um sie dort wirtschaftlich ausbilden zu lassen, und die dann in ihre Heimat zurückkehren, um die Geschäfte ihrer Väter nach modernen Methoden zu leiten. Man schätzt, daß zum Beispiel in Peru rund eine halbe

Million Familien leben, die in größerem oder kleinerem Maße über Besitz verfügen: ein mittleres Landgut, ein Handelsgeschäft, einen Industriebetrieb oder auch nur das Haus, in dem sie leben. Sie bilden das treibende Element der wirtschaftlichen Entwicklung und sind in der Geschäftswelt führend; nicht die sogenannten Oligarchen. Ähnlich ist die Situation auch in den meisten anderen lateinamerikanischen Ländern.

Ist es nun möglich, daß diese dynamische Minderheit in absehbarer Zeit auch die geistig meist tragen Massen der Mehrheit zu höherer Produktion anspornen und sich diese dadurch zu einem höheren Lebensstandard empor-schwingen? Hier liegt das große zu lösende Problem Lateinamerikas und der sogenannten unterentwickelten Länder im allgemeinen. Davon hängt auch ab, ob und wie der Kommunismus sich Lateinamerikas bemächtigen kann.

Die wirtschaftliche Struktur

Zur Zeit liegt das Hauptgewicht der Produktion Lateinamerikas immer noch in der Landwirtschaft und der Ausbeutung von Bodenschätzen, wie Mineralien und Petrol. In der Landwirtschaft muß in erster Linie eine gerechtere Verteilung des Bodens durchgeführt werden, um durch eine rationelle Arbeitsweise einen höheren Lebensstandard der Bevölkerung zu erreichen. Dies wird allgemein anerkannt. Die Agrarreformen sind denn auch an der Tagesordnung. Latifundien und Minifundien, das heißt zu großer und zu kleiner Landbesitz, sollen verschwinden. Die Frage lautet: Wie und wann soll das geschehen und auf wessen Kosten? Die landhungrigen Massen wollten, daß diese Maßnahme sofort ergriffen werde, wie dies in Bolivien 1952 der Fall war, als die betreffenden Ländereien einfach konfisziert und verteilt wurden. Das praktische Resultat war, daß die landwirtschaftliche Produktion rapid abnahm und sich noch heute in einem prekären Zustand befindet. Eine gleiche Entwicklung konstatieren wir in Kuba. Latifundien sind nicht immer produktionshemmend, im Gegen teil. Der peruanische Kongreß hat kürzlich ein Gesetz für eine durchgreifende Landreform erlassen. Gegenstand einer heftigen Kontroverse bildeten dort die großen Zuckerplantagen im Norden des Landes, die dank einer in jeder Hin sicht ausgezeichneten Organisation und Technik ein Maximum produzieren und für das Land eine wichtige Devisenquelle bilden. Radikale Linkselemente verlangten eine Expropriation und Parzellierung dieser Plantagen, was sicher die peruanische Zuckerproduktion lahmlegen würde. Angesichts des kubanischen Experimentes wurde beschlossen, einem solchen Verlangen nicht zu entsprechen. Nur Latifundien, deren Ländereien wenig oder gar nichts produzieren, können enteignet werden. Das entspricht gesundem Menschenverstand. Auch Minifundien können in der Wirtschaft eines Landes eine nützliche Rolle spielen. Es gibt recht viele kleine Landbesitzer in den peruanischen Anden,

welche sich durch Arbeit in den Minen einen Zusatzverdienst verschaffen und infolgedessen gar nicht in sozialer Not sind. Ich habe diese Beispiele angeführt, um zu beweisen, daß bei Landreformen nicht alles über den gleichen Leisten geschlagen werden kann.

Es fällt auf, daß in Lateinamerika, wo immense und fruchtbare Ländereien brach liegen, Landmangel herrschen soll und bessere Bodenverteilung verlangt wird. Die Ausnützung dieser brach liegenden Ländereien hängt von deren Er-schließung durch Verkehrswege ab, auf denen Menschen und Waren sich be-wegen können, oder durch Bewässerungsanlagen. Dies benötigt aber riesige Kapitalien, über die die lateinamerikanischen Länder nicht verfügen. Hier müssen die verschiedenen Hilfsorganisationen der Industrieländer, wie die *Alliance for Progress*, fruchtbringend eingreifen.

Um der sozialen Gerechtigkeit zu genügen, wird eine Verteilung des Bodens angestrebt. Dessen rationelle Bearbeitung erfordert aber nicht nur Kapitalien, sondern auch berufliche Schulung und die hiefür benötigten Lehrkräfte. Dies alles bedingt zähe, unablässige Detailarbeit. Es versteht sich, daß sich die ersten Früchte dieser Vorbereitungsarbeiten erst nach Jahren einstellen. Hier setzen die Kommunisten in ihrer Wühlarbeit an, indem sie der Landbevölkerung eine sofortige Realisierung ihrer Wünsche versprechen und sich skrupellos über die Durchführungsschwierigkeiten der Reformen hinwegsetzen. Da sie viel-fach Analphabeten und Leuten gegenüberstehen, die über Wirtschaftsgesetze nicht Bescheid wissen, glauben sie, damit um so eher Erfolg zu haben.

Für die Ausbeutung der Bodenschätze, wie Mineralien und Petrol, die für viele lateinamerikanische Länder zur Zeit wichtige und manchmal beinahe die einzigen Devisenquellen bilden und zur Hebung des Lebensstandards Er-kleckliches beitragen, braucht es ebenfalls große Kapitalien und Spezialisten, um eine rationelle Produktion zu sichern, damit die betreffenden Rohstoffe auf den Weltmärkten Absatz finden können. Die lateinischen Länder besitzen bei-des nicht im nötigen Maßstab. Sie müssen beides aus dem Ausland beziehen. Um den Ausbau der Rohstoffproduktion zu stören, bedienen sich die Kom-munisten des Nationalismus. Sie flüstern den Einheimischen zu, daß sie dieses glänzende Geschäft selbst machen können und versuchen, sie zu Nationalisie-rungen zu verführen. Leider ist diesen Einflüsterungen in verschiedenen Län-dern bereits Folge geleistet worden. Mit welchem negativen Resultat beweisen zum Beispiel die Nationalisierung der Zinnminen in Bolivien und die Förde-rung von Petrol durch die staatliche Petrobras in Brasilien.

Landwirtschaftliche Reformen und die Intensivierung der Rohstoffproduktion genügen aber nicht, um in Lateinamerika den Lebensstandard der Bevölke-rung annähernd auf ein Niveau zu bringen, wie es die Industriestaaten des Westens kennen. Es ist nötig, hiefür Industrien ins Leben zu rufen. Diese Ent-wicklung ist in den meisten Staaten bereits im Gang. Mehrere Länder sind von der einfachen Manufaktur schon auf dem Wege zur Schwerindustrie. Hochöfen

brennen in Argentinien, Brasilien, Chile, Peru, Kolumbien und Venezuela. Auch die Petrochemie hat zu einer vielversprechenden Entwicklung angesetzt. Große Kapitalien sind auf diesem Gebiet bereits investiert. Die Schaffung von Industrien braucht aber nicht nur Kapital, sondern bedingt parallel laufende, intensive Schulung aller Stufen der Bevölkerung. Es ist klar, daß in einer solchen Entwicklung der Faktor Zeit eine Rolle spielt. Eine überstürzte Dynamik kann nur Enttäuschungen bringen. Industrialisationsmöglichkeiten sehen auf dem Papier meistens vielversprechend aus. Bei ihrer Realisierung ergeben sich aber vielfach Fehlschläge, wenn nicht alle Faktoren, wie Kapital, geschulte Arbeitskräfte und Absatz der Produkte harmonisch aufeinander abgestimmt sind und das Bewußtsein da ist, daß es hiezu viel Zeit und Geduld braucht. Es versteht sich, daß die Kommunisten an einer ruhigen industriellen Entwicklung Südamerikas keinen Gefallen finden. Direkt oder indirekt versuchen sie mit allen Mitteln, diese zu stören. Die Ungeduld der Massen, eine rasche Erhöhung des Lebensstandards zu erzielen, dient ihnen dazu als Hebelarm. Sie sind außerdem eifrige Förderer einer übertriebenen Sozialgesetzgebung. Die Arbeiter in Peru haben zum Beispiel das Anrecht auf einen ganzen Monat Ferien, und die Fünftagewoche steht auf der Tagesordnung der sozialen Forderungen. Bereits hat sie sich bei den Banken, Versicherungsgesellschaften und in vielen Handelshäusern durchgesetzt. Die Bankangestellten in Lima fordern schon die Dreiunddreißigstundenwoche. Die Produktivität wird dadurch kaum gehoben, besonders wenn man in Betracht zieht, daß bei den wenig oder nicht geschulten Arbeitskräften sie sowieso schon niedrig ist. In Peru machen die Sozialvergütungen zu Gunsten der Arbeiter und Angestellten zur Zeit etwa 40—50% der Saläre aus. Diese Umstände treiben logischerweise die Produktions- und Lebenskosten in die Höhe, drohen viele Unternehmen unrentabel zu machen und bewirken kettenreaktionsweise Streiks. Diese Tendenz zum übertriebenen Wohlfahrtsstaat bildet eine der größten Gefahren für die wirtschaftliche Entwicklung Südamerikas, die anderseits wiederum die Regierungen zu immer höheren Ausgaben und Steuern zwingt. Gegenüber einer ungenügenden Produktivität führt dies fatalerweise zu einer alles verheerenden Inflation. Brasilien, Argentinien, Chile und Bolivien bilden leider allzu schlagende Beweise einer solchen Entwicklung.

Wie geht der Kommunismus in Südamerika vor?

Wir haben weiter oben die Angriffsflächen des Kommunismus in Südamerika skizziert. Welches ist nun ihre Taktik? Die eigentlichen Kommunisten in Südamerika repräsentieren nur einen kleinen Prozentsatz der Bevölkerung. Bei den letzten Präsidentenwahlen Perus kamen sie auf knapp 4% der Wähler-

schaft. Bei den kürzlichen Wahlen in Venezuela erzielten sie, trotz fieberhafter terroristischer Tätigkeit, kein besseres Resultat. Sie treten in den verschiedensten Schattierungen auf. Es gibt Stalinisten, Anhänger Moskaus und Pekings, Fidelisten, Trotzkisten und Titoisten. Tito versuchte letztere durch seinen kürzlichen Besuch zu seinen Zwecken zu organisieren. Die Gründungen stammen meistens aus der Zeit der Komintern.

Ohne Zweifel besitzt Rußland schon seit einiger Zeit in Südamerika ein gut organisiertes Agentennetz, das in letzter Zeit besonders von Havanna aus kulturell und materiell gestärkt wird. Rotchina hat erst kürzlich angefangen, sein Agentennetz zu organisieren, besonders auf der atlantischen Seite des Kontinentes, wo es begonnen hat, Stützpunkte im Norden Brasiliens, in Pernambuco und Montevideo aufzubauen. Infolge des politischen Umsturzes in Brasilien wird wohl nun der Stützpunkt Pernambuco kaum noch weiterbestehen können. Auf der pazifischen Seite des Kontinentes liegt der Schwerpunkt des Kommunismus in Chile, wo ein gut organisierter und relativ starker kommunistischer Nukleus seit Jahren tätig ist. In den sogenannten bolivarischen Staaten (Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela — so genannt, weil sie durch Bolívar befreit wurden) bestehen zahlreiche Gruppen und Zellen, aber mit einer verschwindend kleinen Mitgliederzahl. Nach der Revolution von 1952 in Bolivien schienen die Aussichten der Kommunisten dort besonders günstig zu sein, jedoch genügte ihre Stoßkraft nicht, um sich durchzusetzen und die Staatsgewalt an sich zu reißen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Zentralamerika, außer einem kurzen vorübergehenden Erfolg in Guatemala unter dem aus der Schweiz stammenden Präsidenten Arbenz. In dem zu Beginn dieses Jahrhunderts so revolutionsreichen Mexiko läßt das dort seit 30 Jahren mit eiserner Hand dominierende «Partido Revolucionario Institucional» kaum den Kommunismus aufkommen, obwohl es vielen totalitären Regierungsprinzipien huldigt, aber der privaten Initiative soviel Bewegungsfreiheit erlaubt, daß die Wirtschaft nicht im Etatismus erstickt.

Der zwischen Rußland und Rotchina begonnene Hegemoniekampf wirft in Südamerika in den kommunistischen und mit ihnen sympathisierenden Kreisen noch keine großen Wellen. Es machen sich wohl schon Spaltungstendenzen bemerkbar, aber sie sind verschwommener Art. Die Meinungen schwanken zwischen Chruschtschew und Mao hin und her, ob diesem oder dem anderen «Heiligen» zu huldigen sei. Das Beispiel Kubas, das auf Neutralität reitet und beiden huldigt, macht Schule, weil gehofft wird, Unterstützung von beiden Seiten zu erhalten.

Aus dem Gesagten ersehen wir, daß der Kommunismus in Südamerika, hinsichtlich Mitgliederzahl, eigentlich ein relativ bescheidenes Dasein fristet. Je doch ersetzt er das fehlende Gewicht durch intensive Propagandatätigkeit und fanatischen Proselytismus, unterstützt von den sogenannten «*tontos útiles*» (nützliche Dumme) oder *fellow travellers*, wie sie in Lateinamerika genannt

werden. Die organisierte Arbeiterbewegung, die Bauern und Intellektuellen sind ihre bevorzugten Arbeitsgebiete.

Das Eindringen in die organisierten Arbeiterbewegungen brachte ihnen nach dem Zweiten Weltkrieg zuerst vielversprechenden Einfluß, jedoch hat dieser in den folgenden Jahren eher abgenommen. Christliche und unabhängige Syndikate stemmten sich der kommunistischen Unterjochung entgegen. Ein typisches Beispiel liefert hiefür Peru. Nach dem Ersten Weltkrieg bildete sich in Mexiko und Peru die «Acción Popular Revolucionaria Americana», nach ihren Anfangsbuchstaben kurz APRA genannt. In Peru nahm sie einen raschen Aufschwung unter der Leitung ihres Führers Raul Haya de la Torre, der infolge eines fünfjährigen Asyls in der kolumbianischen Botschaft in Lima und des deswegen zwischen Kolumbien und Peru vor dem internationalen Gerichtshof im Haag geführten Prozesses weltbekannt wurde. Das Bemerkenswerte an dieser Partei ist, daß sie, seit ihrer Gründung vor bald 50 Jahren, ihre straffe Organisation intakt behalten und sich aus einer kryptokommunistischen in eine sozialistische Rechts- oder Zentrumspartei verwandeln konnte. Ihre Stärke liegt in den Arbeiter- und Angestelltensyndikaten, wo sie den kommunistischen Eindringlingen einen erbitterten und in vieler Hinsicht erfolgreichen Kampf liefert. Ähnliche Situationen bildeten sich im Laufe der Zeit auch in anderen Ländern des Kontinents, wo in den Arbeiterkreisen selbst Dämme gegen ein kommunistisches Überfluten entstanden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bildeten sich um die größeren Städte Lateinamerikas Elendsviertel durch Zuzug der Landbevölkerung. In Brasilien werden sie «favelas» und in Peru «barriadas» genannt. In der ausländischen Presse wird der in der Tat tiefe Lebensstandard dieser Viertel als Kehrseite der opulenten Oligarchie, von der wir bereits sprachen, in übertriebener und sensationeller Weise dargestellt. Man macht sich deshalb hierüber im Ausland einen ganz falschen Begriff. Dr. Carlos Mariotti hat in seinem im November 1963 in St. Gallen, im Schoße des Lateinamerikanischen Institutes an der Hochschule St. Gallen gehaltenen Vortrag «Peru heute», über die Dynamik der sozialen und wirtschaftlichen Struktur Perus gesagt:

«Speziell in Lima, aber auch in den anderen Städten des Landes sind Barriadas entstanden, deren Zahl in die Hunderte geht und wo schätzungsweise eine Million Menschen wohnen. Es wäre aber falsch, die Barriadas nur als Unruheherde für potentielle extremistische Stützpunkte anzusehen. Soziologen sind sich immer mehr darüber einig, daß es sich dabei eher um Sicherheitsgürtel um die Städte handelt, weil sie gewissermaßen einen aufbauenden Schritt zur Zivilisation hin darstellen, indem die meisten Bewohner der Barriadas von der Hoffnung beseelt sind, ihre Position zu verbessern und zu konsolidieren. Währenddem zum Beispiel in den landwirtschaftlichen Gebieten der Sierra (Anden) eine Art endemische Arbeitslosigkeit herrscht und die Arbeitskräfte nur zu einem Bruchteil ihrer Kapazität beschäftigt werden, sind die Bewohner

der Barriadas meist voll beschäftigt. Ein Teil in der Industrie, ein anderer Teil im Baugewerbe, während der Rest im Hausdienst oder in eventuellen Berufen wie Kolporteure, Wagenputzer, Hüter usw. ihren Lebensunterhalt bestreiten, bis sich etwas Besseres zeigt. Es sind somit keine verzweifelten Leute, die in den Barriadas leben, sondern vielmehr Personengruppen, die, von infra-humanen Verhältnissen kommend, die Barriadas als eine Übergangsetappe zu einem besseren Leben betrachten. Leute mit Hoffnungen können nicht ohne weiteres als gefährliche Extremisten angeschaut werden, sondern vielmehr als für den Aufbau brauchbares Menschenpotential.»

Daß dies stimmt, beweisen die beiden letzten Präsidentschaftswahlen (1962 und 1963), bei denen die Kommunisten und Kryptokommunisten in den Barriadas nur spärliche Stimmen erzielten. Ähnlich liegen wohl auf diesem Gebiet auch die Verhältnisse in den größeren Städten der meisten anderen lateinamerikanischen Länder. Wir haben diesen Punkt ausführlich erwähnt, um der sensationellen und übersentimentalen Publizität in den USA und in Europa und den dadurch entstehenden Trugschlüssen über Reich und Arm in Lateinamerika entgegenzutreten. Existieren nicht zum Beispiel in den USA und Frankreich auch barriadenähnliche Gebilde wie Slums und Bidonvilles?

Nach dem Zweiten Weltkrieg begannen die Kommunisten auch den Landhunger der Bauern (*campesinos*) für ihre Zwecke auszubeuten. Da sie auf diesem Gebiet vielfach Analphabeten gegenüberstehen und Massen, die von Wirtschaftsgesetzen keine Kenntnis haben, versteht es sich, daß die demagogische Propaganda der Kommunisten gewisse Erfolge erzielte. Mit Gewalt begannen die Bauern sich Land anzueignen, besonders schon bebautes Land, weil das am bequemsten war. Bald aber fanden sie heraus, daß Landbesitz an sich noch nicht materielle Besserstellung bedeutet, sondern sich Früchte erst nach jahrelanger und besserer Bearbeitung des Landes einstellen. Die Erfahrungen, welche die Landarbeiter in Bolivien und später in Kuba machten, haben den Eifer der Landbesetzungen bedeutend abgekühlt. Interessant und bezeichnend ist, was auf diesem Gebiet in Peru geschah. Oben in den Anden existieren noch aus der Inkazeit die sogenannten «comunidades indigenas», die bedeutende Ländereien ihr eigen nennen, welche sie auf der Basis kommunistischer Prinzipien bebauen. Bekanntlich gehörte im Inkareich aller Besitz dem Staat, und das Reich wurde deshalb rein kommunistisch verwaltet. Die genannten «comunidades» sind Überbleibsel dieser Verwaltung. Nach dem letztes Jahr erfolgten Amtsantritt Belaundes, des gegenwärtigen Präsidenten Perus, in dessen politischem Programm die Landreform einen wichtigen Punkt bildet, begannen die Comunidades, angetrieben von kommunistischen Elementen, die Besetzungen benachbarter privater Ländereien. Sie fanden in der Auslandspresse ein übermäßiges und sensationelles Echo. Bald erkannten aber die Invasoren, daß sie eigentlich nicht neues Land benötigten, sondern lernen müssen, das eigene Land besser zu bebauen, um die gewünschte Erhöhung ihres Lebens-

standardes zu erzielen. Außerdem rückte die Regierung energisch von einer solchen «Landreform» ab, da sie diese auf legale Weise durchführen will.

Das betreffende Gesetz, von dem wir bereits sprachen, ist inzwischen in Kraft getreten. So können auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft die kommunistischen Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Die Lehren von Marx und Lenin übten von jeher auf die Intellektuellen, wie überall auch in Lateinamerika, eine große Anziehungskraft aus, besonders auf die studierende Jugend. Sozialer Gerechtigkeitssinn führt sie auf den Weg der «fellow travellers» oder «tontos útiles», Benennungen, die wir bereits erwähnt haben. Sie sind überzeugt, daß sich die sozialen Reformziele im Bund mit den Marxisten verwirklichen lassen, ohne sich ihnen zu verpflichten. Spekulative und ehrgeizige Politiker glauben mit dem gleichen Ziel Erfolg zu haben. Es gibt auch kirchliche Kreise, die der Meinung sind, aus der Zusammenarbeit mit den Kommunisten Nutzen für ihre absolut idealen Ziele ziehen zu können. Diese Überzeugung macht sich in Lateinamerika vielfach bei den Christlichsozialen geltend. Jedoch bilden die intellektuellen «tontos útiles» in Südamerika in mancher Hinsicht für die Kommunisten wohl nützliche, aber auch rebellische und widerspenstige Elemente. Sie fühlen sich unabhängig. Öfters geraten sie mit den sogenannten «reinen» Kommunisten in offenen Widerspruch. Ein typisches Beispiel hiefür ist der in den zwanziger Jahren verstorbene peruanische Schriftsteller Carlos Mariátegui. Glänzend und scharfsinnig trat er für den Marxismus ein, wurde aber auch öfters wegen seiner eigensinnigen Auslegungen der Lehre stark getadelt. Es kommt häufig vor, daß aus widerspenstigen «tontos útiles» leicht überzeugte Gegner des Kommunismus entstehen. Ein bezeichnender Fall ist der Peruaner Eudocio Ravines, der aus einem Journalisten tiefster Röte heute einer der gefährlichsten Gegner des Kommunismus in Lateinamerika geworden ist. Solche Fälle sind nicht selten und machen den Kommunisten schwer zu schaffen. Gefährlicher für diese ist es aber noch, wenn politische Parteien kryptokommunistischer Tendenz solche Entwicklungen durchmachen, wie es bei der erwähnten peruanischen APRA-Partei der Fall ist. Ihre Führer waren in den ersten Jahren nach der Gründung der Partei überzeugte Revolutionäre marxistischer Tendenz. Ihr Chef unternahm mehrere Reisen nach Rußland. Die Partei hat die Eierschalen ihrer Geburt energisch abgestreift und ist, wie wir gesehen haben, heute eine Partei, welche in den Arbeiterkreisen fanatisch die Kommunisten bekämpft.

Was kann den Kommunismus in Lateinamerika aufhalten?

Die Antwort lautet: wirtschaftliche und politische Stabilität. So einfach die Antwort lautet, so schwierig ist deren Ausführung. In dem vorhergehenden Abschnitt haben wir festgestellt, daß die Kommunisten in Lateinamerika gar

nicht ein so leichtes Spiel haben, wie man dies heutzutage vielfach in der nordamerikanischen und europäischen Presse lesen kann. Leider gibt der Drang nach Sensation in der wirtschaftlichen und politischen Berichterstattung meistens ein verzerrtes Bild der Lage. Verallgemeinerung einzelner Ereignisse gibt zu voreiligen Trugschlüssen Anlaß, wobei vergessen wird, daß sich in den 22 Staaten Lateinamerikas die gleichen Faktoren verschieden auswirken, dies ganz besonders hinsichtlich Wirtschaft und Politik.

Wirtschaftliche und politische Stabilität bedingen sich gegenseitig. Ist die Wirtschaftslage eines lateinamerikanischen Landes zufriedenstellend, erleichtert dies die politische Stabilität. Umgekehrt kann aber auch politische Stabilität eine zufriedenstellende Wirtschaftslage schaffen. Sie allein gestattet eine Planung auf lange Sicht. Der große Irrtum besteht nun darin, daß in Nordamerika und Westeuropa der Glaube herrscht, daß nur auf der Basis reiner Demokratie politische Stabilität möglich sei.

Der Lateiner im allgemeinen und der Lateinamerikaner speziell ist Individualist und von ungeduldig rebellischer Natur. Es ist für ihn deshalb ungemein schwer, sich der Disziplin zu unterwerfen, die für Planungen auf lange Sicht in der Wirtschaft für den Erfolg notwendig sind. Er muß meistens zu dieser Disziplin gezwungen werden, wenn sich nicht chaotische Zustände ergeben sollen. Aus diesem Zustande erwachsen die in Lateinamerika klassischen Diktatoren, meistens militärischer Natur. Wir wollen jedoch nicht Diktatoren das Wort reden, deren fatale zyklische Entwicklungen allzubekannt sind. Nötig sind jedoch in Lateinamerika nicht diktatorische, sondern Regierungen mit Autorität, um die Basis einer normalen und erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung und somit keinen für den Kommunismus günstigen Nährboden zu schaffen. Leicht werden aber Regierungen in Lateinamerika, die sich für Disziplin und Ordnung einsetzen als diktatorisch verschrien, weil sie sich nicht immer rein demokratischer und verfassungsrechtlicher Methoden bedienen, um Ordnung zu halten. Die betreffenden Protestschreie finden in der Presse Nordamerikas und Westeuropas schnell ein hallendes Echo und helfen damit die Autorität der Regierung zu untergraben. Bessere Schützenhilfe könnten die Kommunisten für die ihnen günstigen Unruhen nicht finden. Ein Beispiel hiefür ist die Regierung des Generals Manuel Odria in Peru. Er setzte sich für eine freie Marktwirtschaft ein und sicherte dadurch dem Lande während acht Jahren eine erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung. Es versteht sich, daß er mit starker Hand regierte. Tut dies in Frankreich nicht auch de Gaulle hinsichtlich der Wirtschaft mit dem gleichen Resultat? Ein weiteres Beispiel in Lateinamerika in dieser Hinsicht ist Mexiko. Seit rund 30 Jahren dominiert dort die politische Situation das bereits genannte «Partido Revolucionario Institucional». Durch seine straffe und autoritäre, das ganze Land umfassende Organisation ist Mexiko praktisch, trotz Duldung einiger Splitterparteien, das Land einer einzigen politischen Partei geworden. Durch die Konzentration der Staatsgewalt

in der Exekutive und drastische Beschneidung der Kompetenzen der Legislative, was eigentlich nicht reinen demokratischen Prinzipien entspricht, hat sich die Partei eine einzigartig dominierende Stellung verschafft. Sie hat sicher ausgesprochene sozialisierende und nationalistische Tendenzen, was ja eigentlich den Kommunisten in die Hand spielen sollte. Jedoch läßt die Partei der Wirtschaft genügend Freiheit, womit diese dank der politischen Stabilität sich schon während langer Jahre sehr erfreulich entwickeln und so den Lebensstandard der gesamten Bevölkerung heben konnte. Sicher sind uns solche Entwicklungen zur Staatsautorität nicht sympathisch, aber sie sind in Lateinamerika ein notwendiges Übel, dank welchem wirtschaftliche Prosperität durch politische Stabilität möglich gemacht wird, bis die Volksmassen durch bessere Erziehung und höhere Kultur der reinen Demokratie gewachsen sind. Wir sind uns bewußt, daß wir mit der Entwicklung solcher Ideen auf politisches Glatteis geraten. Aber wenn das Sprichwort: Der Zweck heiligt die Mittel, eine Berechtigung hat, so ist es da.

Eine autoritäre Regierung muß sich auf materielle Machtmittel stützen können, besonders bei einer so rebellischen Bevölkerung wie diejenige der Länder Lateinamerikas. Dieses Machtmittel ist in erster Linie das Militär. Dieses steht sehr häufig in Nordamerika und Europa im Ruf einer anmaßenden Prätorianergarde, einem Ruf, den es in den meisten Fällen nicht verdient. Im Gegenteil, das Militär ist in Lateinamerika ein notwendiger Ordnungsfaktor. Die Geschichte Lateinamerikas beweist, wie häufig es sich chaotischen Entwicklungen erfolgreich entgegenstemmte. Die kürzlichen Ereignisse in Brasilien bilden hiefür ein schlagendes Beispiel.

Mit unseren Ausführungen haben wir zu beweisen versucht, daß Lateinamerika nicht fatalerweise in die Hände des Kommunismus fallen muß, wie es in Kuba infolge unglücklicher Umstände der Fall war. Es sind starke Kräfte da, die sich dagegen regen und obsiegen werden, wenn sie von den Westmächten unterstützt werden, nicht auf der Basis utopischer demokratischer Ideale, sondern auf der Basis der rauen politischen Wirklichkeit.